

## Das Brexit-Problem lässt sich lösen

Zwei Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, Svenja Stadler und Metin Hakverdi, hatten am 12. April 2019 im Familienzentrum in 21629 Neu Wulmstorf zur Diskussionsveranstaltung „Brexit: Wie geht es weiter?“ eingeladen. Das ließ interessante Informationen erwarten. Vor allem zur Kernfrage, welche Probleme zu den Austrittswünschen Großbritanniens aus der EU geführt hatten und wie diese Probleme behoben werden können. Statt diese Frage zu erörtern, konzentrierte sich Metin Hakverdi als „Brexit-Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion“ vor allem auf die aktuellen Schwierigkeiten, klare und einvernehmliche Regelungen für ein Austrittsabkommen Großbritanniens aus der EU zu finden und zu formulieren: Wie stehen die Chancen, sich auf etwas zu einigen? Womit ist zu rechnen, wenn keine Einigung *in vertraglicher Form* zustande kommt?

Damit ging er an die Problematik so heran, wie Politiker\*innen üblicherweise an Aufgaben herangehen: Sie meinen, Schwierigkeiten ließen sich dadurch beheben, dass man sich auf etwas einigt. Dass ein Beschluss gefasst wird. Für sie besteht das Problem darin, eine Einigung herbeizuführen. Denn sie gehen davon aus, dass eine Einigung zu klaren Verhältnissen führt. Und dass sich alle zuverlässig an die Vertragsinhalte halten. Weil das jedoch erfahrungsgemäß oft *nicht* der Fall ist, ist für die Menschen in Großbritannien auch ein „harter Brexit“, also ein vertragsloser Austritt aus der EU, eine Lösung, mit der sie meinen, durchaus recht gut leben zu können. Sie sind überzeugt davon, dass ein schlechter Vertrag, der zustande kommt, viel schlechter sein kann als *kein* Vertrag. Wer sich mit Lebenskunst auskennt, mit dem, was glücklich macht, der handelt pragmatisch, vernünftig. Der mag keine schlechten Verträge, an die man sich halten muss. Mit dieser Wertorientierung gelingt es britischen Politiker\*innen leicht, die anderen EU-Mitglieder zur Weißglut zu bringen. Denn sie wollen sich nicht dem, was diese von ihnen erwarten, unterordnen. Sie lieben Freiheiten. Sie sind experimentierfreudig. Wer sich mit den Menschen in Großbritannien und mit ihrer Geschichte auskennt, der weiß, warum sie mehrheitlich für den Brexit gestimmt haben: Dort gibt es auch Vernunft! Das passt nicht zur EU-Mehrheitsüberzeugung, dass allzu viele Menschen in Großbritannien ihren gesunden Menschenverstand verloren hätten. Wer den Austritt aus der EU wolle, der sei verrückt.

Metin Hakverdi beschäftigte sich nicht mit einer solchen Sicht auf die Gegebenheiten. Vermutlich, weil er sich an den Vertrag der deutschen Regierungskoalition gebunden fühlt. Der fordert einen rechtlich verbindlichen Abschluss des Austrittsabkommens. Doch wer einen solchen Abschluss erreichen will, der kommt nicht umhin, sich eingehend mit den Problemen auseinanderzusetzen, die den Menschen in Großbritannien die Mitgliedschaft in der EU verleiden. Man muss deren Probleme ernst nehmen. Kritik an dem, wie in der EU gearbeitet wird, kann auch berechtigt sein. Kritik kann die EU zu zweckmäßigen Reformmaßnahmen veranlassen. Möglicherweise erweist sich die EU auch als eine Fehlkonstruktion, die unnötig ist, auf die man problemlos verzichten kann. Es gibt auch andere – sowie kostengünstigere – Mittel, um internationale Zusammenarbeit befriedigend zu organisieren. Roman Herzog meinte, wir müssten „Europa neu erfinden.“<sup>1</sup>

Wer an optimalen Lösungen interessiert ist, wer Demokratie als wertvoll erachtet, der freut sich über Kritik. Gute Lösungen erfordern Sachverstand und faire Auseinandersetzungen mit Andersdenkenden. Dabei kann sich der eigene Blick auf das Gegebene und das Mögliche erweitern. Das kann zu neuen und besseren Ideen führen. Ein Veranstaltungsteilnehmer machte darauf aufmerksam, dass die Briten den Euro ganz bewusst nicht eingeführt haben, um dann, wenn Gefahr im Verzuge ist, leichter aus der EU austreten zu können. Der SPD-Politiker Professor Dr. Wilhelm Nölling (Ex-Senator und Ex-Präsident der Landeszentralbank in Hamburg)

---

<sup>1</sup> Roman Herzog: „Europa neu erfinden – Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie“ Siedler Verlag 2014

gehöre zu den Eurokritikern der ersten Stunde. Dieser halte den Euro für den „größten währungspolitischen Fehler der Weltgeschichte“. Nöllings Sachverstand werde in der SPD nicht geschätzt. Auch Professor Hans-Werner Sinn (Ex-Präsident des Ifo-Instituts) gehöre zu den Kritikern. Er habe erklärt: „Durch die Nullzinspolitik der europäischen Zentralbank (EZB) sind deutschen Sparern bereits 700 Milliarden Euro durch die Lappen gegangen“. Politiker verfolgen gelegentlich Interessen, die von der Bevölkerung nicht geteilt und eingesehen werden.

Herr Hakverdi ging von sich aus nur auf finanzielle und wirtschaftliche Fragen im Zusammenhang mit dem Brexit ein. Ich bedanke mich bei ihm in meinem Wortbeitrag dafür und bat ihn, auch auf die Unterschiede zwischen der EU und Großbritannien im Rechtssystem und im Demokratieverständnis einzugehen. Denn diese Unterschiede gehören zu den Hauptgründen dafür, dass sich die Briten nie in der EU wohlfühlten und deshalb mehrheitlich für „Brexit“ gestimmt haben. 2016 hatte ich über einhundert britische Parlamentarier\*innen angeschrieben mit der Empfehlung, den Brexit weiter zu unterstützen. Denn die Gerechtigkeits- und Demokratiedefizite der EU-Organisation sind weder für die Brit\*innen noch für andere Bürger\*innen Europas akzeptabel. Herr Hakverdi antwortete, er verstünde nicht, worauf ich hinauswolle. Er sei mit dem britischen Rechtswesen nicht gründlich vertraut. Von Volksabstimmungen und direkter Demokratie halte er wenig.

Ich hätte mir gewünscht, dass Herr Hakverdi als Brexit-Berichtserstatter der SPD mehr auf das achtet, was die Sorgen der Bürger\*innen in Großbritannien und Deutschland sind. Dass er mehr auf diese eingeht. Dass er weiß, wie deckungsgleich das Grundgesetz mit dem britischen Verfassungsverständnis ist. Wenn das unberücksichtigt bleibt, wird es schwer, sich politisch angemessen vertreten zu fühlen. Wer sich „abgehängt“ vorkommt, kann dazu tendieren, *rein aus Protest* rechtspopulistische Parteien zu wählen. Bürger\*innen wollen von ihren „Volksvertreter\*innen“ ernst genommen werden.

Diese „Diskussionsveranstaltung“ trug zu meiner politischen Bildung bei. Da habe ich echt etwas zur Haltung eines Bundestagsabgeordneten dazugelernt.

Dr. Thomas Kahl, Gründer und Direktor des Psychologischen Institutes für Menschenrechte, Gesundheit und Entwicklung (IMGE) gGmbH, 21224 Rosengarten.